

Politische Arbeit in Österreich.

Aber die deutschen Forderungen beschäftigen sich nicht mit den Träumen der Polen. Sie lauten im Definitiven: Militärische Verwaltung für Galizien, für die Bukowina und für Dalmatien. In diesen Ländern habe eine strenge, gerechte, keinen Sonderwünschen zugängliche militärische Verwaltung Ordnung zu schaffen und neue Generationen zu erziehen, die wieder wissen, daß sie zum Kaisertum Oesterreich gehören.

Ferner wird gefordert: das Deutsche sei die Staatsprache des Kaisertums. Die Dienstsprache der Armee sei auch die der Ämter. In allen Schulen aber werde Deutsch als Lehrgegenstand behandelt, die Intelligenz lerne überall im Lande deutsch. Das verkürzt die Völker nicht, es schließt die Zulassung von amtlichen Eingaben in allen Sprachen nicht aus, aber es wird genügen, Zuständen vorzubeugen, wie dieser Krieg sie z. B. bei den Staatsbahnen enthüllt hat, mit deren Beamtschaft sich die Offiziere häufig nicht verständigen konnten.

Weiter werden die getrennten Sprachgebiete behandelt und die gemischtsprachigen und es wird immer die notwendige kulturelle Führung der Deutschen, die man ja nie hätte preisgeben dürfen, in den Vordergrund gestellt.

Ein besonderes Kapitel bildet Böhmen. Aber da ist die Mäßigung der deutschen Forderungen besonders fühlbar. Man hätte erwartet, daß nach den traurigen Erfahrungen, die man in diesem Kriege mit den Ergebnissen der tschechisch-nationalen Erziehungsmethode gemacht hat, die Deutschen dies ausnützen würden. Sie tun es nicht, sie fordern nicht mehr als sie vor dem Kriege und von jeher verlangt haben in Böhmen: Die Teilung des Landes in ein tschechisches und ein deutsches Verwaltungsgebiet, die Schaffung eines gemischtsprachigen Gebietes mit peinlichster Beobachtung der Rechte beider Völker auf Grund ihrer Zahl und auf Grund ihrer Steuerleistung. Sie fordern damit nichts, was sie nicht immer gefordert hätten, nur werden ihre Gründe jetzt mehr einleuchten als früher . . .

Eine markante Forderung ist: die Tschechen seien nicht, wie dies offiziell stets geschieht, „Böhmen“ zu nennen, sondern, damit alle Mißverständnisse hintangehalten werden, „Tschechen“. Sache der Regierung wird es sein, den Interessen des Staatsganzen künftig auch in den rein tschechischen Gebieten Geltung zu verschaffen.

In entschiedener Weise wird Stellung genommen gegen die irredentistischen südslavischen Bestrebungen. Klar und bündig wird abgerechnet mit der bisherigen Uebung in Triest und den Küsternländern. Die schlappe Art, in der man dort alles gehen ließ und den Irredentismus züchtete, müsse ein Ende haben. Triest müsse den gesamtstaatlichen Charakter annehmen, es dürfe nicht künstlich in dem Wahn einer absolut italienischen Stadt erhalten werden. Bisher war es ein

Schlupfwinkel für Reichsitaliener und dem müsse künftig zielbewußt und ausdauernd vorgebeugt werden. Die deutsche Minderheit in Triest sei zu schützen und in die Gemeindevertretung aufzunehmen, wo sie bisher ohne Anwalt war. Jedes Schiff, das aus dem Triester Hasen auslaufe, führe künftig deutsche Schiffspapiere und habe einen Kommandanten und Offiziere, die deutsch verstehen. Die bisherige italienische Wirtschaft des „Mlohd“ sei abzustellen, sein „Monopol“ zu brechen.

Daß in dieser Staatschrift schließlich auch eine neue Geschäftsordnung für den Reichsrat gefordert wird, die ihn unter allen Umständen verhandlungsfähig macht, ist beinahe selbstverständlich. Das Obstruieren durch ein paar Tschechen oder Slovenen soll einfach unmöglich gemacht werden. Das wäre annähernd das Wesentliche der inneren Forderungen.

Gelegentlich werden wir jene weiteren Punkte der interessanten Schrift im Auszug behandeln, die sich auf die Doppelmonarchie, auf unser Verhältnis zum Deutschen Reich und auf das zu den anderen Nachbarn beziehen. Es wird eine vollständige Revision der bisherigen Zustände darin angebahnt.